

---

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 20.08.2019**

**Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr**  
**Sitzungsende: 18:05 Uhr**  
**Sitzungsort: Raum 226, Rathaus Dessau**

**Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste**

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**1 Konstituierung des Ausschusses**

Der **Ausschussvorsitzende, Herr Stadtrat Weber**, begrüßt die Mitglieder und Gäste.

Im Weiteren konstituiert sich der Ausschuss mit folgenden Mitgliedern:

Frau Christa Müller	- Fraktion der CDU
Herr Frank Rumpf	- Fraktion der CDU
Herr Bastian George	- Fraktion DIE GRÜNEN/FDP/Neues Forum-Bürgerliste
Herr Hendrik Weber	- Fraktion DIE GRÜNEN/FDP/Neues Forum-Bürgerliste – <b>Ausschussvorsitzender</b> –
Frau Britta Grahneis	- Freie Fraktion
Frau Heidemarie Ehlert	- Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Herr Michael Frisch	- Fraktion der AfD
Herr Michael Fricke	- Fraktion der SPD
Herr Hans-Georg Otto	- Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Seitens der Verwaltung nimmt Frau Sabrina Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, an den Sitzungen des Finanzausschusses teil.

## **2 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der **Ausschussvorsitzende** eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses, stellt die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses mit 7 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

## **3 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur vorliegenden Tagesordnung werden keine Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

### **Abstimmungsergebnis:**

7/0/0

## **4 Wahl des Stellvertreters des Ausschussvorsitzenden**

Durch den **Ausschussvorsitzenden** wird vorgeschlagen, Frau Heidemarie Ehlert – Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau - zur Stellvertreterin im Falle der Abwesenheit des Ausschussvorsitzenden zu benennen.

Dagegen werden keine Einwendungen vorgebracht. Weitere Vorschläge werden nicht unterbreitet.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt den Vorschlag, Frau Heidemarie Ehlert – Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau – zur Stellvertreterin des Ausschussvorsitzenden zu wählen zur Abstimmung. Es besteht Einigkeit darüber, die Wahl per Handzeichen vorzunehmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

7/0/0

Durch den Finanzausschuss wird Frau Heidemarie Ehlert – Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau zur Stellvertreterin des Ausschussvorsitzenden gewählt.

**Frau Ehlert** bedankt sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen.

## **5 Einwohnerfragestunde**

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** verliest an dieser Stelle eine Anfrage des Bürgers Herrn Behrendt, die im Vorfeld der Sitzung des Finanzausschusses schriftlich vorgebracht wurde:

„Der Haushalt der Stadt ist eine der wichtigsten Unterlagen der alle Bereiche des öffentlichen Lebens berührt. Leider ist bei den entsprechenden Beschlussvorlagen der Gesamthaushalt für den Bürger nicht einsehbar. Wo kann man dieses einsehen? Ich weiß das der Haushalt auf Datenträger (CD/DVD) an die Stadträte ausgegeben wird. Besteht die Möglichkeit für den Bürger dieses auch zu erhalten? Wenn ja, wo zu welchem Preis? Wenn nein warum nicht? Der Beitrag kann mit Namen genannt werden.“

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** erklärt an dieser Stelle das Prozedere für die Bereitstellung des Entwurfes des Haushaltsplanes für die Stadträte. Demnach wird der Entwurf des Haushaltsplanes per Datenträger an die Stadträte ausgereicht. Nach Beschlussfassung durch den Stadtrat muss der Haushaltsplan durch die Kommunalaufsicht (Landesverwaltungsamt) genehmigt werden. So dies geschehen ist, erfolgt die Offenlage des Haushaltsplanes für jedermann zur Einsichtnahme für den Zeitraum von 7 Tagen. Danach ist der Haushaltsplan rechtskräftig. Mit der Rechtskräftigkeit wird der Haushaltsplan auf der Homepage der Stadt eingestellt und ist wie folgt zu finden:

1. [www.verwaltung@dessau-rosslau.de](mailto:www.verwaltung@dessau-rosslau.de)
2. Im Feld „Recherche“ den Suchbegriff „Haushalt 2019“ eingeben.
3. Es öffnet sich eine Seite mit den Ergebnissen – hier „Haushaltssatzung 2019“ auswählen.
4. Hier sind alle Dokumente des Haushaltes einsehbar.

Dieser Hinweis wurde Herrn Behrendt per E-Mail am 21.08.2019 zugesandt. Somit erfolgte die Beantwortung der Anfrage auch außerhalb des Protokolls.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

## **6 Genehmigung der Niederschrift vom 28.05.2019**

Zur Niederschrift der Sitzung des Finanzausschusses am 28.05.2019 werden keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Niederschrift zur Abstimmung.

### **Abstimmungsergebnis:**

4/0/3

## **7 Öffentliche Anfragen und Informationen**

16:40 Uhr – Herr Stadtrat Rumpf erscheint.

Die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses erhöht sich damit auf 8 anwesende Ausschussmitglieder.

---

Der **Ausschussvorsitzende** richtet an dieser Stelle das Wort an alle, vor allen Dingen aber an die neuen Ausschussmitglieder. Er lädt alle dazu ein, bei der Arbeit des Finanzausschusses zwei wichtige Dinge mit zu beachten. Zum einen verstehe sich der Finanzausschuss nicht als „Geizkragen“. In den Jahren der Haushaltskonsolidierung habe man mit dazu beigetragen, den Schuldenberg der Stadt abzubauen. In der zurückliegenden Legislatur habe der Finanzausschuss aber bereits auch die Investitionsabsicht deutlich herausgestellt. D. h. der Finanzausschuss wolle sehr wohl die zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll bereitstellen. Dazu gehöre auch, dass die Mitglieder des Ausschusses sich auch als Mittler innerhalb ihrer eigenen Fraktionen sehen sollten, um hierbei das erforderliche Augenmaß zu wahren.

## 7.1 **Personalreport der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2018** **Vorlage: IV/040/2019/II-10**

Es werden keine Anfragen und/oder Wortmeldungen vorgebracht.

Der **Finanzausschuss** nimmt die Information zur Kenntnis.

## 7.2 **Sachstandsbericht über den Zustand der Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehr und die Ausrüstung und Bekleidung der Freiwilligen Feuerwehr** **Vorlage: IV/031/2019/II-37**

Der **Ausschussvorsitzende** zeigt zur vorliegenden Information Nachfragebedarf an. Dazu wird **Herr Kuhnhold, Amtsleiter der Berufsfeuerwehr**, das Wort erteilt.

Der **Ausschussvorsitzende** erfragt, auf welche Art und Weise die Ermittlung und Wichtung der erforderlichen Maßnahmen erfolge. **Herr Kuhnhold** führt aus, dass Grundlage dafür u. a. die laufenden Kosten für die Einrichtungen seien. Im Weiteren wurden im Rahmen der Erarbeitung der Risikoanalyse Schwerpunkte bei den Gerätehäusern gesetzt. Die Ausrüstung und Bekleidung der Freiwilligen Feuerwehren betreffend habe man gewisse `Verschleißzeiträume`, die man immer unter Kontrolle halte, um so zu wissen, welche Beschaffungsmaßnahmen hier am dringendsten seien.

Der **Ausschussvorsitzende** bringt beispielhaft eine konkrete Anfrage die Freiwillige Feuerwehr Kühnau betreffend vor. Der Zustand sei seit ca. 20 Jahren der, dass die Kameraden zum Umziehen in das Dachgeschoss des Rathauses nutzen müssen. Er halte dies für unzumutbar und vielleicht sogar unzulässig. Insofern interessiere ihn, wie die Freiwilligen Feuerwehren ihren dringenden Bedarf bzw. ihre Ansprüche äußern können. **Herr Kuhnhold** erklärt dahingehend, dass regelmäßige Wehrausschusssitzungen aller zwei Monate stattfinden. Im Rahmen dieser Sitzungen werden auch solche Dinge beraten und es erfolgt durch das Fachamt eine Bedarfsabfrage. Die Bedarfe werden auf ihre Erforderlichkeit hin gemeinsam beraten und festgelegt, welche Maßnahmen in den Haushalt aufgenommen werden.

Auf die weitere Nachfrage des **Ausschussvorsitzenden** zum Thema Fahrzeug für die Freiwillige Feuerwehr Kühnau, führt **Herr Kuhnhold** aus, dass es natürlich aufgrund unvorhersehbarer Ereignisse durchaus zu Verschiebungen von Maßnahmen innerhalb des Haushaltsplanes kommen könne. Hierüber erfolge selbstverständlich auch eine Rückkopplung an die Wehrleiter.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der **Finanzausschuss** nimmt die Information zur Kenntnis.

### 7.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Frau Stadträtin Ehlert** erfragt aktuelle Informationen zum Thema „Grundsteuer“. **Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen**, erklärt, dass es diesbezüglich noch keine neuen Informationen gebe. Das Land habe sich bislang zu diesem Thema sehr zurückgehalten. Insofern werde man sicher abwarten, was auf der Bundesebene geschehe. Auch müssen erst eine Datenlage und die Auswirkungen in den einzelnen Ländern generiert werden.

Im Weiteren erbittet **Frau Ehlert** in Vorbereitung der Haushaltsberatungen wiederum eine Übersicht über die Abarbeitung der Prüfaufträge aus den zurückliegenden Haushaltsberatungen. **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** sagt eine Zurverfügungstellung einer diesbezüglichen Übersicht zu.

Auf die Nachfrage des **Ausschussvorsitzenden** zur Übersicht zum Stand der Investitionen betreffend erklärt **Frau Wirth**, dass es selbstverständlich diese Übersicht geben werde, jedoch nach der neuen Festlegung zum Berichtswesen nur noch aller drei Monate. Die nächste Analyse werde per 31.07.2019 erarbeitet und im Septemberausschuss vorgelegt.

Weitere Anfragen und Mitteilungen werden nicht vorgebracht.

## 8 Beschlussfassungen

### 8.1 Abschaffung der Straßenausbaubeiträge Vorlage: FV/010/2019/AfD

Der **Ausschussvorsitzende** führt zur Historie der Thematik unter Bezugnahme eines bereits in den Stadtrat eingebrachten Antrages der Fraktion Die Linke aus und nimmt Bezug auf die Begründung der vorliegenden Beschlussvorlage der Fraktion der AfD, hier auf die Inpflichtnahme des Landes Sachsen-Anhalt bei der Übernahme der Einnahmeverluste der Kommunen und erklärt, dass dies seiner Meinung nach in den Beschlusstext gehöre. Seiner Meinung nach sollte dies als eigentliche Forderungen formuliert werden.

---

**Herr Stadtrat Otto** schlägt vor, den Beschluss dahingehend zu ändern, das Land aufzufordern, endlich zu handeln. Er könne einem solchen Beschluss mit dem Zusatz zustimmen, dass die Anliegerbeiträge durch das Land übernommen werden.

**Herr Stadtrat Fricke** weist an dieser Stelle auf einen korrespondierenden Antrag der SPD-Fraktion für die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 22.08.2019 und Stadtrat am 04.09.2019 hin. Seiner Meinung nach sei dieser präziser formuliert, da er eine Handlungsaufforderung an den Oberbürgermeister enthalte, nämlich konkret gegenüber den zuständigen Ministerien und dem Landtag die Abschaffung zu fordern. Dieser Antrag enthalte auch die Aufforderung an die Landesregierung und Gesetzgeber, einen entsprechenden finanziellen Ausgleich für die Kommunen vorzusehen durch Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG). Letztlich, so **Herr Stadtrat Fricke**, entspreche dies in etwa dem Änderungsantrag, den Die Linke im Landtag eingebracht habe. Insofern vertrete er die Ansicht, dass die Zielsetzung bei beiden Anträgen ohnehin die gleiche sei, der Antrag der SPD-Fraktion aber weitergehend und präziser sei, so dass er vor diesem Hintergrund für den Antrag der AfD keinen vernünftigen Raum sehe.

**Herr Stadtrat Rumpf** erklärt, dass die CDU zu diesem Thema eine klare Linie fahre. Man vertrete die Meinung, dass die Bürger nicht vollständig aus der Pflicht genommen, sondern dass die Kosten entsprechend „gedeckelt“ werden sollten. Damit hätten die Bürger auch ein Mitspracherecht bei der Planung des Umfangs der Baumaßnahmen ‘ihrer’ Straße. Eine gänzliche Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen würde zudem dieses Mitspracherecht der Bürger abschaffen. Insofern werde die CDU-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

**Frau Stadträtin Ehlert** führt aus, dass der diesbezügliche Antrag der Linken bereits im Frühjahr dieses Jahres im Landtag beraten wurde – Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und finanzieller Ausgleich -. Von Vorteil für eine Entscheidungsfindung wäre gewesen, wenn ein solcher Antrag fraktionsübergreifend eingebracht worden wäre. Ihrer Meinung nach mache das Land gegenüber ihren Bürgern „keine gute Figur“, zumal es eine Reihe von Ländern gebe, in denen die Straßenausbaubeiträge bereits abgeschafft wurden. Insofern könne sie dieses zögerliche Handeln überhaupt nicht nachvollziehen. Sie erklärt abschließend, dass eine Zustimmung zum vorliegenden Antrag nur mit der von Herrn Stadtrat Otto vorgeschlagenen Ergänzung erfolgen werde.

Der **Ausschussvorsitzende** betont an dieser Stelle ausdrücklich, und er wolle dies nicht unbedingt in Verbindung mit dem Einbringer dieser Beschlussvorlage gesehen wissen, dass er diese Anforderung als sehr populistisch ansehe. Dies richte sich auch an die SPD und Die Linke. Derzeit laufen 6 große Planverfahren für Straßenbaumaßnahmen in dieser Stadt.

Insbesondere bei der Kavaliierstraße habe der Finanzausschuss Stundungsbeträge in Größenordnungen beschlossen für die bereits erfolgte Baumaßnahme, bei der die Stadt Straßenausbaubeiträge erhoben habe. Diese wurden fällig und gestundet. In Bezug auf die beabsichtigte Satzungsänderung durch die SPD-Fraktion und selbst

---

unter Hinweis auf zukünftige Straßenbaumaßnahmen werde es schwer werden, so der **Ausschussvorsitzende** weiter, vor Gericht anschließend Stand zu halten, d. h. es stelle sich die Frage, wie man mit den gestundeten Beträgen umgehen wolle, wenn jetzt die Satzung geändert werde. Er sehe diesbezüglich große Probleme.

**Herr Stadtrat Otto** stimmt dem Ausschussvorsitzenden dahingehend zu, dass es sich um eine populistische Forderung handele. Herr des Verfahrens sei nicht die Stadt, sondern das Land. Jedoch könne ein diesbezüglicher Appell an das Land nicht von Nachteil sein, natürlich unter dem Hinweis darauf, dass die Kommunen finanziell nicht in der Lage seien, die Kosten zu übernehmen. Zudem befürchte er, dass sich daraus enorme Probleme ergeben, da Anlieger, die bereits Ausbaubeiträge gezahlt haben, möglicherweise Gleichbehandlung einfordern werden. Insofern wäre es aus seiner Sicht richtig, dass der Stadtrat einen Wegfall der Beiträge begrüßen würde, wenn das Land die damit verbundenen Kosten übernehme.

Der **Ausschussvorsitzende** erklärt im Hinblick auf die weitere Beratung dieses Themas in den Fachausschüssen und im Stadtrat abschließend, dass er bezüglich der Änderung der Satzung an alle appelliere, das mit zu bedenken, dass bereits geplante Maßnahmen, die auch im Haushalt bereits 'verpreist' seien, sofort in Frage gestellt werden.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt den Änderungsantrag/Ergänzungsantrag des Herrn Stadtrat Otto zur Abstimmung.

**Herr Stadtrat Otto** schlägt vor, den Beschlusstext wie folgt zu ändern/zu ergänzen:

„Die Stadt Dessau-Roßlau fordert von der Landesregierung eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ab dem 01.01.2020 **bei gleichzeitiger Übernahme der Anliegerbeiträge durch das Land.**“

Der Einreicher der Beschlussvorlage erklärt, dass er den Ergänzungsantrag übernehme. Somit ist eine Abstimmung über den Änderungs-/Ergänzungsantrag nicht erforderlich.

Abschließend informiert **Herr Stadtrat George** über die Situation im Land zu diesem Thema und erklärt, dass Die Grünen die Abschaffung ebenfalls befürworten. Seine Fraktion sei allerdings im Landtag die einzige Fraktion, die einen konkreten Gegenfinanzierungsvorschlag unterbreite und dies führe zu einer sehr schwierigen Entscheidungssituation. Ein diesbezüglicher Appell der Stadt an die Landesregierung schade seines Erachtens nicht und sei bereits beim Land angekommen.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die geänderte Beschlussfassung zur Abstimmung.

---

## Abstimmungsergebnis:

2/3/3

Der Finanzausschuss lehnt die Beschlussvorlage ab.

### **8.2 Anpassung des Betrages der Förderleistung für die Kindertagespflege** **Vorlage: BV/113/2019/V-51**

**Herr Stadtrat George** erfragt, aus welchem Grund die Sachkosten für die Spiel- und Beschäftigungsmaterialien gesunken seien. Im Weiteren erfragt er, warum die Betriebskosten pro Kind und Platz erhoben werden.

Das Wort wird an **Frau Selle, Abteilungsleiterin im Jugendamt**, zur Beantwortung der Anfragen übergeben.

**Frau Selle** führt zur ersten Anfrage aus, dass die Sachkosten für die Spiel- und Beschäftigungsmaterialien nicht reduziert wurden. Die Bemessung wurde an die Sachkostenpauschale, die auch im Kitabereich für die Einrichtungen gewährt werde, angepasst. Die Berechnung der Betriebskosten erfolgt in der Tat pro belegtem Platz und Kind, weil nur hier der Aufwand entstehe.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt ohne Herrn Stadtrat Rumpf, der den Beratungsraum kurzzeitig verlassen hat.

## Abstimmungsergebnis:

7/0/0

### **8.3 Novellierung des Maßnahmebeschlusses** **Umsetzung brandschutztechnischer Forderungen** **Grundschule "Am Akazienwäldchen", Mariannenstraße 12, 06844** **Dessau-Roßlau** **Vorlage: BV/260/2019/III-65**

**Frau Stadträtin Müller** nimmt Bezug darauf, dass die Mehrkosten mit der konjunkturellen Entwicklung bei den Angeboten gegenüber der Kostenschätzung vom Februar 2018 begründet werden. Hier könne man u. U. noch mitgehen, jedoch beinhalten diese Mehrkosten eine Reihe von Leistungen, die von vornherein nicht oder zu gering untersetzt wurden. Dies sei für sie nicht nachvollziehbar.

Das Wort wird **Herrn Bekierz, Amtsleiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, übergeben. **Herr Bekierz** führt aus, dass die konjunkturelle Entwicklung



insgesamt auf eine Vielzahl von Maßnahmen der Stadt Auswirkungen habe. Dennoch solle die Stadt konkrete Aufgaben erfüllen und unabhängig davon, ob die von den Planern erstellten Kostenschätzungen richtig oder falsch waren, komme zum Schluss immer die Erkenntnis, dass die Erfüllung der Maßnahmen tatsächlich koste. Und damit müsse die Verwaltung umgehen. Diesbezüglich gebe es verschiedene Möglichkeiten, so **Herr Bekierz** weiter. So könne man entweder innerhalb von Maßnahmen auf Dinge verzichten und auf spätere Zeit verschieben oder die anstehenden Maßnahmen 'strecken'. In diesem Fall habe man sich dazu entschieden, die Maßnahmen zu Ende zu führen und das Gesamtpaket der brandschutztechnischen Maßnahmen zu 'strecken'. Im Folgenden erfolgen durch **Herrn Bekierz** Ausführungen zu den einzelnen Positionen.

**Frau Stadträtin Ehlert** erfragt, inwieweit die neue Regelung der Arbeitsstättenverordnung für Brandschutztüren die KiTa's betreffend auch für Schulen zutrefe und ob dies in dem vorliegenden Beschluss bereits mit umgesetzt werde. **Herr Bekierz** erklärt, dass diese Regelung nach Meinung der Verwaltung an der Realität vorbeigehe. Insofern werde man sich dagegen wehren und er gehe davon aus, dass es zu dieser Regelung noch erheblichen Diskussionsbedarf gebe. Zwischenzeitlich werde man was die Schulen anbetreffe noch nicht tätig werden.

**Herr Bekierz** bejaht die Anfrage von **Herrn Stadtrat Otto**, ob die Verwaltung darüber nachgedacht habe, bereits bei den Planungen sparsamere Varianten zu entwickeln. Jedoch seien es immer wieder die Kosten, die von vornherein sehr hoch angesetzt seien oder schlussendlich aufgrund der konjunkturellen Entwicklung in die Höhe gehen. Leider könne sich die Stadt gegen diese Situation nicht wehren.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Herr Stadtrat Rumpf** ist wieder anwesend und nimmt an der Abstimmung teil.

### Abstimmungsergebnis:

8/0/0

#### **8.4 Entwässerungskonzeption Amtsmühle Roßlau und deren Umsetzung - Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung. Vorlage: BV/283/2019/III-66**

**Herr Bekierz, Amtsleiter Zentrales Gebäudemanagement**, weist darauf hin, dass dieser Beschluss unter Vorbehalt der Genehmigung der Fördermittel gefasst werden soll. Der Fördermittelbescheid liegt vor.

Auf die Bedenken von **Herrn Stadtrat Otto** die Denkungsquelle Möster Straße betreffend hin erklärt **Herr Bekierz**, dass es sich hierbei um eine Verpflichtungsermächtigung

---

tigung handele, die nicht benötigt werde, da der Stadtbezirksbeirat diese Maßnahme erst einmal zurückgewiesen habe und deshalb neu geplant werde. **Frau Wirth** ergänzt, dass die Zurückweisung darin begründet sei, dass sich die Kosten in den Regionen bewegen wie zu Beginn der Planung der Maßnahme. Aus diesem Grund gebe es noch Diskussionsbedarf, so dass in diesem Jahr mit dieser Maßnahme nicht mehr begonnen werde.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Der **Ausschussvorsitzende** stellt die Beschlussvorlage zu Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

8/0/0

Der **Ausschussvorsitzende** stellt Nichtöffentlichkeit her.

## **11 Schließung der Sitzung**

Der **Ausschussvorsitzende** schließt die Sitzung des Finanzausschusses um 18:05 Uhr.

Dessau-Roßlau, 09.09.19

---

Hendrik Weber  
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen

J. Düring  
Schriftführerin